

PRESSEMITTEILUNG

Mit Präsenzunterricht gegen Vereinsamungstendenzen

Mainz. Angesichts der Situation der öffentlichen Haushalte rechnet der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister Clemens Hoch für den kommenden Haushalt 2027 und 2028 nicht erneut mit zweistelligen Zuwachsraten im Wissenschaftsetat. „Für den Haushalt 2025 und 2026 waren noch deutliche Steigerungen im Etat des Wissenschaftsministeriums erreicht worden“, erklärte der SPD-Politiker im Gespräch mit dem Landesvorsitzenden des **hlb** Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. Michael Langenbahn. Der **hlb** ist die Interessenvertretung der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW).

Mit Spannung und Freude sieht der Minister der Umsetzung des neuen Promotionsrechts an HAW entgegen; die entsprechende Verordnung war in diesem Sommer erlassen worden. Eine Gutachterkommission bewertet derzeit die von vier hochschulübergreifenden Promotionsclustern eingereichten Anträge auf Verleihung des Promotionsrechts. Laut Hoch ist davon auszugehen, dass es an der ein oder anderen Stelle gutachterliche Hinweise gebe. Dass die Anforderungen zu hoch seien, wies der Minister zurück: „Das haben wir mit den Hochschulen gemeinsam so verabredet und eins zu eins so umgesetzt. Wir wollen eine hohe Qualität von Promotionen an den HAW.“ Das Promotionsrecht war bislang den Universitäten vorbehalten. Für eine Verleihung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften ist eine ausreichende Forschungsstärke Voraussetzung, die unter anderem nachgewiesen wird durch das Einwerben von Drittmitteln, regelmäßige wissenschaftliche Publikationen und Erfahrung bei der Betreuung von Doktorandinnen und Doktoranden sowie Begutachtung von Dissertationen. Hoch betonte, dass zwar nach ein paar Jahren evaluiert, das Promotionsrecht an den rheinland-pfälzischen HAW aber auf Dauer verliehen werde. Deshalb müsse nun auch streng geprüft werden.

Mit Blick auf die Studierendenzahlen, die seit Jahren bundesweit sinken, unterstrich der Wissenschaftsminister die Bedeutung der Internationalisierung. „So können wir internationale Talente gewinnen, sie hier ausbilden und in der Region halten, um die Wirtschaft, die dringend auf Fachkräfte angewiesen ist, zu stärken“, sagte Hoch. Dass Einzelne hierherkämen, weil sie kostenlos studieren könnten und dann wieder in ihre Heimatländer zurückkehrten, bestritt der SPD-Politiker nicht. Viele Studierende wollten nach Beendigung ihres Studiums aber in Deutschland bleiben, die Hürden zum Aufenthaltstitel und zur Arbeitserlaubnis seien aber viel zu hoch.

Die Entwicklung bei privaten Hochschulen beobachtet Hoch mit Aufmerksamkeit. „Offensichtlich gelingt es diesen besser zu vermitteln, dass die Studierenden an die Hand genommen und durch das Studium begleitet werden.“ Mit Verweis auf einen Medienbericht des Magazins Der Spiegel über die IU – mit mehr als 110.000 Studierenden eine der größten Hochschulen Deutschlands und unter anderem einem breiten Angebot an Fernstudiengängen – warnte Hoch jedoch vor falschen Erwartungen. Dass junge Menschen ganz wesentlich in einem Fernstudium glücklich würden, sieht der Minister nicht. „Es gibt Vereinsamungstendenzen, auch und gerade unter jungen Leuten.“ Hochschulen seien mehr als Orte der Wissensvermittlung. Es gehe auch darum, sich zu begegnen und miteinander zu interagieren. Deshalb sei es wichtig, dass die staatlichen Hochschulen weiter in Präsenz unterrichteten, gleichzeitig aber Online-Formate als zusätzliches Format und als echte Alternative anböten.

Kontakt:

hlb - Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Stefanie Ball

Tel. 0162-4234366

E-Mail: stefanie.ball@hlb-rp.de

Internet: www.hlb-rp.de

Der **hlb** Rheinland-Pfalz ist der Berufsverband der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Rheinland-Pfalz. Er hat zurzeit rund 490 Mitglieder. Der **hlb** Rheinland-Pfalz ist Mitglied der **hlb**-Bundesvereinigung mit bundesweit über 8.500 Mitgliedern. Der **hlb** ist der Wissenschaftsfreiheit verpflichtet, politisch und konfessionell neutral. Er vertritt die gemeinsamen Interessen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Seine Aufgaben sind insbesondere die Vertretung der gemeinsamen Interessen gegenüber den Gesetzgebungsorganen des Bundes und der Europäischen Union (EU) sowie gegenüber anderen Institutionen des Bundes und der EU, die Förderung und Weiterentwicklung der anwendungsbezogenen, berufsqualifizierenden, wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung sowie der Fortentwicklung von Hochschulen, die Unterstützung der beruflichen Eingliederung der Absolventinnen und Absolventen dieser Hochschulen, die Zusammenarbeit mit geeigneten Organisationen oder Verbänden im In- und Ausland, die Unterstützung von Mitgliedsverbänden durch Dienstleistungen sowie Rechtsdienstleistungen durch Beratung, Beistand und Rechtsschutz für die Mitglieder der Mitgliedsverbände. Die **hlb**-Bundesvereinigung e. V. ist unter der Registernummer R000026 als Berufsverband im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung registriert und beachtet die Grundsätze integrierter Interessenvertretung nach § 5 LobbyRG.